

Hepting/Dutta

Familie und Personenstand

**Ein Handbuch zum deutschen und
internationalen Privatrecht**

5., aktualisierte Auflage 2025

Verlag für Landesamtswesen

Familie und Personenstand

**Ein Handbuch zum deutschen und
internationalen Privatrecht**

5., aktualisierte Auflage 2025

auf Grundlage des Werkes
»Deutsches und Internationales Familienrecht
im Personenstandsrecht«
von **Professor Dr. Reinhard Hepting** †

von
Professor Dr. Anatol Dutta, M. Jur. (Oxford)
Ludwig-Maximilians-Universität München

Verlag für Landesamtswesen
Frankfurt am Main · Berlin

© Verlag für Standesamtswesen GmbH · Frankfurt am Main · Berlin 2025

Lindleystraße 8b, 60314 Frankfurt am Main

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung: produktsicherheit@vfst.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Freigrenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Printed in Germany

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Germany

ISBN 978-3-8019-5741-4

Vorwort

Das Familien- und Personenrecht schläft nie, wobei seit der letzten Auflage vor allem der Gesetzgeber für Bewegung gesorgt hat. Die Neuauflage steht ganz unter dem Eindruck der Namensrechtsreform des Jahres 2024: Mit dem Gesetz zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts und des Internationalen Namensrechts vom 11. 6. 2024 hat der deutsche Gesetzgeber das Sachrecht punktuell liberalisiert, durch die Möglichkeit von Doppelnamen als Ehe- und Geburtsnamen und zahlreiche Namensneubestimmungstatbestände, von denen die Bürger teils auch anlasslos nach Erreichen der Volljährigkeit Gebrauch machen können. Neuland betritt das deutsche Namensrecht mit der Inkorporation minderheitlicher und ausländischer Namenstraditionen. Die klassischen Namensfunktionen – Individualisierung und Klassifizierung – weichen zunehmend der Selbstdarstellungsfunktion des Namens. Auf völlig neue Füße gestellt hat der Reformgesetzgeber das Namenskollisionsrecht, speziell durch den Wechsel vom Staatsangehörigkeits- zum Aufenthaltsprinzip, ergänzt durch eine allgemeine Rechtswahlmöglichkeit zugunsten des Heimatrechts. Es bleibt zu hoffen, dass die zahlreichen offenen Fragen, die dieses umfangreiche Reformgesetz aufwirft, rasch die Gerichte erreichen; die Standesämter sollten großzügig von der Möglichkeit der Zweifelsvorlage nach § 49 Abs. 2 PStG Gebrauch machen.

Aber nicht nur das neue Namensrecht war einzuarbeiten – eine angesichts der Komplexität der Regelungen alles andere als einfache Aufgabe. Neue Akzente im Familien- und Personenrecht hat der Gesetzgeber auch durch das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag vom 19. 6. 2024 und durch das Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen vom 24. 6. 2024 gesetzt. Zu berücksichtigen waren aber auch, wie bei jeder Neuauflage dieses Werkes, neuere Rechtsprechung und Literatur, wobei das Werk auf dem Stand von Heft 2/2025 der StAZ ist.

Für wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung der Neuauflage danke ich den Mitarbeitern meines Lehrstuhls, vor allem *Charlotte Wendland*. Zu Dank verpflichtet bin ich auch der großen Personenstandsfamilie: den Landesfachverbänden und dem Bundesverband für die zahlreichen Foren, auf denen familien- und personenrechtliche Fragen diskutiert werden können, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirat des Bundesverbands für den regen Austausch zu aktuellen Entwicklungen und der Schriftleitung der StAZ für die hervorragende Stoffauswahl im allmonatlichen Heft.

Für diese Auflage gilt angesichts der zahlreichen Neuregelungen ganz besonders: Für Hinweise auf Fehler oder Ungenauigkeiten (gerne auch direkt an anatol.dutta@lmu.de) bin ich der Leserschaft sehr verbunden.

München, im Februar 2025
Anatol Dutta

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage

Die Geschichte des vorliegenden Buches ist verschlungen. Es ist hervorgegangen aus dem von *Franz Massfeller* und *Werner Hoffmann* begründeten und später von *Reinhard Hepting* und *Berthold Gaaz* fortgeführten Kommentar zum Personenstandsrecht. Die Personenstandsrechtsreform von 2009 gab dem Verlag und den damaligen Autoren den Anstoß, die bisherige, auf drei Ordner verteilte Loseblattsammlung als Dokumentation des bis zur Reform bestehenden Rechtszustands bestehen zu lassen und die Neubearbeitung mit gestrafftem Inhalt auf selbständige Einzelbände umzustellen: Der Band 1 (Ordner I und II) des Ursprungswerks fand Fortsetzung im Handkommentar zum Personenstandsgesetz von *Gaaz/Bornhofen* [...]. Band 2 wurde mit dem vorliegenden Handbuch (Ordner III) fortgeführt [...].

Durch den unerwarteten und – vor allem – viel zu frühen Tod von *Reinhard Hepting* (Nachruf von *Gaaz*, StAZ 2013, 33) wurde eine Lücke gerissen, die nur schwer zu füllen sein wird. Dennoch habe ich nicht gezögert, die Bearbeitung dieses Standardwerks zum personenstandsrelevanten Familienrecht zu übernehmen, freilich in vollem Bewusstsein, dass jede Überarbeitung potentiell eine Verschlechterung bedeutet.

Die in der familienrechtlichen Literatur einmalige Zielsetzung des Handbuchs – wie sie von *Hepting* mit großer Konsequenz verfolgt wurde – soll weiterhin bewahrt werden: Das Handbuch wendet sich an die Standesämter, ihre Aufsichtsbehörden und an die Personenstandsgerichte und stellt das materielle deutsche und internationale Familienrecht mit angrenzenden Fragen des Personenrechts dar, soweit es für die Arbeit der Personenstandsbehörden von Bedeutung ist.

Aus dieser Zielsetzung erklären sich Inhalt und Stil der Darstellung. Rechtsfragen, die die Standesämter eigenständig beantworten müssen, sind ausführlich erörtert; muss nur die Entscheidung eines Gerichts transkribiert werden, fällt die Erörterung knapper aus. Die Information baut im Wesentlichen auf der Rechtsprechung auf; wo diese fehlt, wird die praktikabelste der im Schrifttum vertretenen Auffassungen bevorzugt, nach Möglichkeit entnommen aus Werken, die den Standesämtern leicht zur Verfügung stehen. Querverweisungen auf das Werk von *Gaaz/Bornhofen* stellen den Bezug zum Personenstandsverfahren her. Die rechtswissenschaftliche Diskussion wird dort vernachlässigt, wo sich bereits eine gefestigte und für die Standesämter verbindliche Praxis etabliert hat, aber überall dort aufgegriffen und weitergeführt, wo die Dinge noch im Fluss sind. Ziel ist stets eine für die standesamtliche Praxis sinnvolle Lösung.

Inhaltsübersicht*

Teil I Personenstandsverfahren und materielles Recht	51
Teil II Grundfragen des Personenrechts	59
Erster Abschnitt: Die natürliche Person	59
Zweiter Abschnitt: Der Name allgemein	88
Dritter Abschnitt: Die Staatsangehörigkeit	176
Teil III Ehe und Lebenspartnerschaft	181
Erster Abschnitt: Allgemeines	181
Zweiter Abschnitt: Die Eheschließungsvoraussetzungen	184
Dritter Abschnitt: Die Eheschließungshandlung	213
Vierter Abschnitt: Die Folgen einer fehlerhaften Eheschließung	224
Fünfter Abschnitt: Eheschließungen mit Auslandsbezug	231
Sechster Abschnitt: Die Auflösung der Ehe	298
Siebter Abschnitt: Der Name in der Ehe	327
Achter Abschnitt: Die Lebenspartnerschaft	378
Neunter Abschnitt: Besonderheiten bei der gleichgeschlechtlichen Ehe	393
Teil IV Status und Name des Kindes im Zeitpunkt der Geburt	407
Erster Abschnitt: Die Feststellung der Abstammung	407
Zweiter Abschnitt: Die Feststellung des Geschlechts	456
Dritter Abschnitt: Der bei der Geburt erworbene Name des Kindes	460
Teil V Änderungen des Status und des Namens nach der Geburt	523
Teil VI Allgemeine Fragen des internationalen Privatrechts	741

* Die Zahlen verweisen auf Seiten.

Inhaltsverzeichnis*

Vorwort 5

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage 6

Abkürzungsverzeichnis 43

Literaturverzeichnis 49

Teil I Personenstandsverfahren und materielles Recht 51

A. Die Grundlagen des Personenstandsrechts 51

I. Die Aufgaben des Standesamts 51

1. Die Beurkundung des Personenstands 51
2. Die Stellung des Standesamts zwischen öffentlichem und privatem Recht 51

II. Die Personenstandsbeurkundung als Beweismittel 52

B. Elemente des Familienstatusrechts 53

I. Personenrecht 53

1. Rechts- und Geschäftsfähigkeit 53
2. Der Name 54
3. Das Geschlecht 54

II. Familienrecht 54

1. Kindschaft 54
2. Ehe und Lebenspartnerschaft 55

III. Internationales Privatrecht und internationales Zivilverfahrensrecht (IPR und IZVR) 55

IV. Öffentliches Recht 56

1. Staatsangehörigkeitsrecht 56
2. Behördliche Namensänderung 57

Teil II Grundfragen des Personenrechts 59

Erster Abschnitt: Die natürliche Person 59

A. Rechtsfähigkeit 59

I. Die Geburt als Beginn der Rechtsfähigkeit 59

II. Der Tod als Ende der Rechtsfähigkeit 60

III. Verschollenheit und Todeserklärung 60

1. Rechtsgrundlagen 60
2. Begriff der Verschollenheit 60
3. Das gerichtliche Aufgebotsverfahren 61
4. Die Wirkungen der Todeserklärung 61

* Die Zahlen verweisen auf Seiten.

5. Verhältnis zur standesamtlichen Beurkundung **62**
 6. Die Todesvermutung im standesamtlichen Verfahren **63**
- IV. Die Feststellung des Todeszeitpunkts 64**
1. Die gerichtliche Feststellung **64**
 2. Die Kommorientenvermutung **64**
- V. Fälle mit Auslandsbezug 64**
1. Inländische Todeserklärungen **64**
 2. Die Anerkennung ausländischer Todeserklärungen **65**
 3. Die Wirkung von Todeserklärungen **66**
- B. Geschäftsfähigkeit 66**
- I. Allgemeines 66**
- II. Die gesetzliche Vertretung 67**
1. Allgemeines **67**
 2. Gesetzliche Vertretung des Minderjährigen als Ausfluss der elterlichen Sorge **68**
 - a) Gemeinsame elterliche Sorge der Eltern **68**
 - b) Alleinige elterliche Sorge eines Elternteils **69**
 - c) Ausschluss der gesetzlichen Vertretung durch die Eltern **70**
 3. Gesetzliche Vertretung bei Volljährigen **70**
- III. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht für nicht voll Geschäftsfähige, insbesondere Vorsorgevollmacht 71**
- IV. Anwendbares Recht in Fällen mit Auslandsbezug 71**
1. Die Geschäftsfähigkeit **71**
 2. Die (gesetzliche) Vertretungsmacht für den nicht voll Geschäftsfähigen **72**
 - a) Die Anknüpfung der gesetzlichen Vertretungsmacht für den Minderjährigen, insbesondere nach dem Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) **72**
 - b) Die Anknüpfung der Vertretungsmacht für den Volljährigen, insbesondere nach dem Haager Erwachsenenschutzübereinkommen (ErwSÜ) **75**
- V. Anerkennung ausländischer Entscheidungen über die elterliche Sorge oder Betreuung 77**
1. Die Anerkennung ausländischer Sorgerechtsentscheidungen nach der Brüssel-IIb-VO **78**
 - a) Der Anwendungsbereich der Brüssel-IIb-VO und ihrer Anerkennungsregeln **78**
 - b) Die Anerkennungs Voraussetzungen **80**
 - c) Das Verfahren der Anerkennung **80**
 2. Die Anerkennung auf der Grundlage von Staatsverträgen **82**
 - a) Allgemeines **82**
 - b) Das Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) **83**
 - c) Das Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA) **83**
 - d) Das Europäische Sorgerechtsübereinkommen (ESÜ) **83**
 - e) Das Haager Erwachsenenschutzübereinkommen (ErwSÜ) **84**
 3. Anerkennung nach autonomem Recht **84**

C. Probleme bei nicht feststellbarer Identität 85**Zweiter Abschnitt: Der Name allgemein 88****A. Funktionen des Namens 88****I. Individualisierung 89**

1. Staatliche Ordnungsinteressen 89
2. Der Name als Persönlichkeitsrecht 89

II. Klassifizierung, insbesondere Offenlegung der familiären Beziehungen 90**III. Selbstdarstellung 91****IV. Das geltende Namensrecht als Kompromiss zwischen gegensätzlichen Regelungszwecken 91****B. Regelungsprinzipien des deutschen Namensrechts 92****I. Die Namenstypen des deutschen Rechts 92****II. Die Anwendung der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre auf namensbestimmende Erklärungen und Rechtswahlerklärungen 94****III. Verpflichtung zur Abgabe oder Unterlassung namensbestimmender Erklärungen 98****C. Das anwendbare Namensrecht bei Fällen mit Auslandsbezug 99****I. Rechtsquellen des internationalen Namensrechts 99**

1. Autonomes Recht 99
2. Staatsverträge 100
3. Einfluss des primären Unionsrechts 100

II. Die Bestimmung des maßgeblichen Namensrechts 101

1. Die objektive Anknüpfung des Namens nach Art. 10 Abs. 1 EGBGB 101
2. Die namensrechtlichen Rechtswahloptionen 102
 - a) Die allgemeine Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 4 EGBGB 102
 - b) Die besonderen Rechtswahlmöglichkeiten nach Art. 10 Abs. 2, 3 und Art. 7a Abs. 2 Satz 2 EGBGB 106
3. Keine Rück- oder Weiterverweisung 106

III. Die Reichweite des Namensstatuts 106

1. Der kollisionsrechtliche Namensbegriff 106
2. Namenserbwerb, -ableitung, -erstreckung 107
3. Das Erscheinungsbild des Namens 108
 - a) Die sprachliche Form 108
 - b) Die Schreibweise und die Bedeutung des CIEC-Übereinkommens Nr. 14 109

IV. Kennzeichen ohne Namensqualität 112

1. Allgemeines 112
2. Namenszusätze ohne Kennzeichnungskraft 112
3. Akademische Grade, Ehrentitel 113
4. Adelsbezeichnungen 114

V. Statutenwechsel 114

1. Kraft objektiver Anknüpfung 114
 - a) Ursachen 114
 - b) Rechtsfolgen: Grundsätzlich Namenskontinuität 115
2. Kraft Rechtswahl 118

VI. Behördliche Namensänderung 118**VII. »Anerkennung« im Ausland registrierter Namen 119****VIII. Vorfragen im Namensstatut 120**

1. Die bisher h. M.: unselbständige Anknüpfung 121
2. Jedenfalls heute: bessere Argumente für eine selbständige Anknüpfung 121
3. Vorfrage und Substitution 122

D. Angleichung ausländischer Namenstypen, Art. 47 EGBGB 123**I. Allgemeines 123**

1. Das Problem 123
2. Rechtsentwicklung 123
3. Angleichung beim »Eingangsstatenwechsel«, Art. 47 Abs. 1 EGBGB 125
4. Angleichung eines Namens, der Ehe- oder Lebenspartnerschaftsname ist, Art. 47 Abs. 1 Satz 2 EGBGB 126
5. Angleichung bei der Namensableitung, Art. 47 Abs. 2 EGBGB 126
6. Immanente Grenzen der Angleichung – Restriktive Auslegung des Art. 47 EGBGB 127

II. Einzelfälle der Angleichung 128

1. »Sortiererklärungen« nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EGBGB beim Statutenwechsel 128
 - a) Die Abgrenzung von Fällen ohne Angleichungsbedarf 128
 - b) Personen mit Vor- und Vatersnamen 129
 - c) Personen mit mehreren Eigennamen 130
 - d) Personen mit nur einem Eigennamen 132
 - e) Personen mit Zwischennamen 134
 - f) Personen mit Namenszusätzen 136
 - g) Personen mit Namensketten 139
2. »Sortiererklärungen« bei der Namensableitung, Art. 47 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EGBGB 142
 - a) Ableitung eines Kindesnamens 142
 - b) Ableitung eines Ehenamens 142
3. Die Wahl eines fehlenden Vor- oder Familiennamens nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EGBGB 145
4. Das Ablegen unbekannter Namensbestandteile nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EGBGB 147
 - a) Namensbestandteile mit funktionaler Vorprägung 147
 - b) Namensbestandteile, die zu Vor- und Familiennamen hinzutreten 147
 - c) Namenszusätze 148

5. Die Erklärung zwecks Rückkehr zur »ursprünglichen Form« nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EGBGB **149**
 - a) Nach dem Geschlecht abgewandelte Familiennamen **149**
 - b) Nach dem Verwandtschaftsverhältnis abgewandelte Namen **150**
 - c) Geschlechtsabhängige Vatersnamen **152**
 - d) »Ursprungserklärung« ist keine Angleichung (mehr): Verhältnis zu den neuen §§ 1355b, 1617f und 1617g BGB **152**
 6. Die »Eindeutschungserklärung« nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EGBGB **153**
 - a) »Eindeutschung« ist keine Angleichung **153**
 - b) Der Vergleich mit § 94 BVFG **154**
 - c) Erleichterte Eindeutschung bei Vornamen **154**
 - d) Strengere Maßstäbe bei Familiennamen **155**
 - e) Die Unzulässigkeit von Übersetzungen **155**
 7. Die Dogmatik von Angleichung und Angleichungserklärungen **156**
 - a) Objektive Angleichung auch ohne Angleichungserklärung? **156**
 - b) Die Mitwirkung des Standesamts bei einer Angleichungserklärung; Form und Frist der Erklärung sowie Verbrauch des Angleichungsrechts **158**
 - c) Die Bedeutung des »angeglichenen« Namens **159**
 8. Das Verhältnis der Angleichungstatbestände zueinander **159**
- E. Namenskontinuität bei hinkenden Namensverhältnissen in der EU: Zwischen EuGH-Rechtsprechung und Art. 48 EGBGB 160**
- I. Die namensrechtliche Rechtsprechung des EuGH im Überblick 160**
- II. Postulat: Keine hinkenden Rechtsverhältnisse in der Union 161**
- III. Umsetzung des unionsrechtlichen Anerkennungsgebots im deutschen Recht, insbesondere durch Art. 48 EGBGB 161**
1. Bestand des Wahlrechts nach Art. 48 EGBGB **163**
 - a) Deutsches Namensstatut **163**
 - b) Eintragung eines Namens in einem Personenstandsregister eines anderen Mitgliedstaats **164**
 - c) Persönlicher Bezug zum Registermitgliedstaat: Bei Eintragung gewöhnlicher Aufenthalt oder Staatsangehörigkeit **166**
 2. Wirksame Ausübung des Wahlrechts nach Art. 48 EGBGB **168**
 3. »Europäisierter« deutscher ordre public als Grenze **168**
 4. Wirkung der Namenswahl nach Art. 48 EGBGB **171**
 5. Verhältnis zur Angleichung nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 EGBGB und zur »Vornamensortierung« durch den Namensträger nach § 45a PStG **171**
- IV. Art. 48 EGBGB als nur unzureichende Umsetzung des Unionsrechts 172**
1. Beschränkung auf Mitgliedstaaten der EU **172**
 2. Beschränkung auf Eintragungen in einem Personenstandsregister **173**
 3. Beschränkung auf Namensträger mit deutschem Namensstatut **173**
- V. Umsetzung des unionsrechtlichen Anerkennungsgebots jenseits des Art. 48 EGBGB 173**
- VI. Folgen für die Arbeit der Personenstandsbehörden 175**

Dritter Abschnitt: Die Staatsangehörigkeit 176

- A. Der Begriff der Staatsangehörigkeit 176**
- B. Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit für das Standesamt 177**
 - I. Die rechtliche Bedeutung der Staatsangehörigkeit 177**
 - II. Die Feststellung der Staatsangehörigkeit durch das Standesamt 177**
 - III. Vorfragen im Staatsangehörigkeitsrecht 179**

Teil III Ehe und Lebenspartnerschaft 181**Erster Abschnitt: Allgemeines 181**

- A. Der Rechtsbegriff »Ehe« 181**
- B. Die Teilbereiche des Eherechts und ihre Bedeutung für das Standesamt 182**
- C. Eherecht und Grundgesetz 183**

Zweiter Abschnitt: Die Eheschließungsvoraussetzungen 184

- A. Allgemeines 184**
 - I. Rechtsentwicklung 184**
 - II. Die Systematik der Eheschließungsvoraussetzungen 185**
 - 1. Die Unschärfe des Begriffs »Ehevoraussetzungen« 185
 - 2. Die Ehevoraussetzungen und ihre rechtliche Qualifikation 185
 - a) Die »präventive« und »repressive« Funktion der Ehevoraussetzungen 185
 - b) Einseitige und zweiseitige Ehehindernisse 186
 - c) Systematisierung der Eheschließungsvoraussetzungen nach der Fehlerfolge 186
 - B. Persönliche Ehevoraussetzungen (»Ehefähigkeit«) 187**
 - I. Die Ehemündigkeit, § 1303 BGB 187**
 - II. Die Geschäftsfähigkeit, § 1304 BGB 188**
 - 1. Der Grundsatz des § 1304 BGB 188
 - 2. Die Merkmale der Geschäftsunfähigkeit 189
 - a) Die positivrechtliche Regelung 189
 - b) Das Verhältnis der Geschäftsunfähigkeit zur vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit 189
 - 3. Die Ehefähigkeit des Betreuten 190
 - III. Das Geschlecht der Verlobten 191**
 - C. Das Nichtvorliegen eines »Eheverbots«, §§ 1306 bis 1308 BGB 192**
 - I. Allgemeines 192**

- II. Das Eheverbot der »Doppelpartnerschaft«, § 1306 BGB 192**
 - 1. Allgemeines 192
 - 2. Bestehen einer die Eheschließung hindernden Partnerbeziehung 193
 - a) Bestehen einer Ehe 193
 - b) Bestehen einer Lebenspartnerschaft 194
 - 3. Auflösung einer die Eheschließung hindernden Partnerbeziehung 195
- III. Das Eheverbot der Verwandtschaft, § 1307 BGB 195**
 - 1. Regelungszweck 195
 - 2. Die verbotenen Verwandtschaftsverhältnisse 196
 - 3. Die Voraussetzungen der Verwandtschaft 197
 - a) Der Gegensatz von Verwandtschaft im rechtlichen und im leiblichen Sinne 197
 - b) Die Bedeutung der beiden Verwandtschaftsbegriffe 197
 - aa) Der Regelungszweck des § 1307 BGB 197
 - bb) Der Regelungsinhalt der §§ 1307 Satz 2, 1308 Abs. 1 BGB 198
 - cc) Die Dominanz der leiblichen Verwandtschaft 198
 - c) Das regelungstechnische Verhältnis von rechtlicher und leiblicher Verwandtschaft 199
 - d) Die Ermittlung der leiblichen Verwandtschaft 201
 - 4. Rechtswirkungen 202
- IV. Das aufschiebende Eheverbot der Adoptivverwandtschaft, § 1308 BGB 202**
 - 1. Allgemeines; Regelungszweck 202
 - 2. Der betroffene Personenkreis 203
 - 3. Rechtswirkungen 203
 - a) Die Adoptivverwandtschaft als zeitlich begrenztes Ehehindernis 203
 - b) Adoptivverwandtschaft als dispensables Ehehindernis 204
 - c) Adoptivverwandtschaft als aufschiebendes Ehehindernis 204
- D. Der ungestörte Wille zur Ehe 205**
 - I. Allgemeines 205**
 - II. Störungen bei der Bildung des Ehemillens, § 1314 Abs. 2 BGB 206**
 - 1. Bewusstlosigkeit und Störung der Geistestätigkeit 206
 - 2. Irrtum 206
 - 3. Täuschung 207
 - 4. Drohung 208
 - 5. Rechtsmissbräuchliche Eheschließungsmotive (»Scheinehen«) 209
 - a) Ausgangspunkt: Die Eheschließung als formaler Erklärungsakt 209
 - b) Die Vorgeschichte des § 1314 Abs. 2 Nr. 5 BGB 209
 - c) Der Rechtsmissbrauch der Ehe als eigentlicher Aufhebungsgrund 210
 - d) Der typische Auslandsbezug der Scheinehenproblematik 210
 - e) Unterscheidung von präventiver und repressiver Kontrolle 211
 - III. Die Feststellung von Willensdefiziten 211**
 - 1. Materiellrechtliche Prüfungsgrundsätze 211
 - a) Der ungestörte Wille als vermuteter Regelfall 211
 - b) Der Aufhebungsgrund als Ausnahmetatbestand 212
 - 2. Der zulässige Umfang der Aufklärung 213

Dritter Abschnitt: Die Eheschließungshandlung 213**A. Allgemeines 213****I. Rechtsentwicklung 213****II. Die Unterscheidung von materiellen und formellen Erfordernissen 214****B. Der materielle Ehekonsens 215****I. Die Eheschließungserklärungen, § 1310 Abs. 1 BGB 215****II. Inhaltliche Einschränkungen, § 1311 Satz 2 BGB 215****III. Geheimer Vorbehalt; Abgrenzung zu Scheinehen 217****C. Die Eheschließungsform 217****I. Die Abgabe der Erklärung vor dem Standesbeamten, § 1310 Abs. 1 BGB 218****1. Das Erfordernis der Mitwirkung des Standesbeamten 218****2. Die Pflicht des Standesbeamten zur Mitwirkung 219****3. Das Verhältnis der standesamtlichen zur religiösen Eheschließung 220****4. Die Eigenschaft als Standesbeamter 220****5. Die Mitwirkung eines Schein-Standesbeamten 221****II. Persönliche Anwesenheit der Verlobten, § 1311 Satz 1, 1. Alt. BGB 222****III. Gleichzeitige Anwesenheit der Verlobten, § 1311 Satz 1, 2. Alt. BGB 223****IV. Die Erfordernisse des § 1312 BGB 223****Vierter Abschnitt: Die Folgen einer fehlerhaften Eheschließung 224****A. Allgemeines 224****I. Die Fehlerfolgen als repressive Wirkung der Eheschließungsvoraussetzungen 224****II. Die Bedeutung der Fehlerfolgen für die Arbeit des Standesamts 224****B. Die nichtige oder unwirksame Ehe (»Nichtehe«) 225****I. Der Begriff der nichtigen Ehe nach dem EheschIRG 225****II. Der Tatbestand der nichtigen oder unwirksamen Ehe 226****III. Die Heilung der nicht standesamtlich geschlossenen Ehe 226****1. Allgemeines, Rechtsentwicklung 226****2. Die Voraussetzungen der Heilung 227****a) Allgemeines 227****b) Kritik 228****3. Die Vertrauensstatbestände im Einzelnen 228****a) Eintragung der Ehe in das Eheregister 228****b) Eintragung eines Hinweises in das Geburtenregister 229****c) Entgegennahme einer familienrechtlichen Erklärung 229**

C. Die aufhebbare Ehe 229**I. Der Begriff der Aufhebbarkeit 229****II. Die Tatbestände der aufhebbaren Ehe 230****III. Die Folgen der Aufhebbarkeit 231****IV. Die Heilung der aufhebbaren Ehe 231****Fünfter Abschnitt: Eheschließungen mit Auslandsbezug 231****A. Qualifikations- und Verfahrensfragen 231****I. Die Bedeutung von IPR und IZVR 231****II. Die Unterscheidung von materiellen Voraussetzungen, Form und Verfahren 232****III. Die praktische Bedeutung des internationalen Eheschließungsrechts für das Standesamt 232**

1. Die Bedeutung für die zu schließende Ehe selbst 232

2. Die Ehe als Vorfrage 233

B. Das IPR der materiellen Ehevoraussetzungen 234**I. Der Anknüpfungsgrundsatz, Art. 13 Abs. 1 EGBGB 234****II. Die Eheschließungsvoraussetzungen im Einzelnen 235**

1. Allgemeines 235

a) Qualifikationsfragen 235

b) Einseitige und zweiseitige Ehehindernisse 236

c) Befreiung von Ehehindernissen für Eheschließung im Inland 237

aa) Abgrenzungsfragen 237

bb) Die internationale Entscheidungszuständigkeit 238

cc) Die Anerkennung ausländischer Befreiungen 241

2. Die Ehefähigkeit 242

a) Allgemeine Anknüpfungsgrundsätze 242

b) Besondere Regelungen zur Bekämpfung von »Kinderehen« 243

aa) Die weltweite Ausdehnung der deutschen Ehemündigkeitsregeln, Art. 13 Abs. 3 EGBGB 243

bb) Der intertemporale Anwendungsbereich der neuen Vorschriften 244

cc) Die Heilung einer verbotenen »Kinderehe« nach Art. 229 § 44 Abs. 4 Nr. 2 EGBGB 246

dd) Anerkennung einer im Ausland geschlossenen »Kinderehe« kraft höherrangigen Rechts? 248

ee) Heilung einer im Ausland geschlossenen unwirksamen »Kinderehe« durch erneute Eheschließung im Inland nach § 1305 Abs. 2 BGB 249

c) Statutenwechsel 251

d) Ordre public 251

3. Das Eheverbot der Verwandtschaft 252

4. Das Eheverbot der Adoptivverwandtschaft 253

a) Anknüpfungsgrundsätze 253

b) Abgrenzungsfragen 254

5. Das Eheverbot der »Doppelpartnerschaft« **254**
 - a) Anknüpfungsgrundsätze **254**
 - b) Die Vorfrage der bestehenden Vorehe **255**
 - aa) Allgemeines **255**
 - bb) Im Inland unwirksame Eheschließung **256**
 - cc) Im Ausland unwirksame Eheschließung **257**
 - dd) Im Heimatstaat unwirksame Ehescheidung **257**
 - ee) Im Inland unwirksame Ehescheidung **258**
 - ff) Im Heimatstaat unwirksame Todeserklärung **259**
 - c) Die Wiederverheiratungsfähigkeit als eigenständige Frage **259**
 - d) Die Vorfrage der bestehenden Lebenspartnerschaft **260**
 6. Das Geschlecht der Verlobten **260**
 - a) Beschränkung auf verschiedengeschlechtliche Ehen **260**
 - b) Das Geschlecht der Ehegatten als Erstfrage **261**
 7. Willensdefizite als Ehehindernis im IPR **262**
 - a) Qualifikation, Anknüpfung **262**
 - b) Scheinehen im IPR **263**
 8. Dem deutschen Recht unbekanntes Eheschließungsvoraussetzungen **265**
 - a) Die Abgrenzung materiellrechtlicher Erfordernisse von Form- und Verfahrenserfordernissen **265**
 - aa) Mitwirkung eines Priesters und Traubereitschaftserklärung **265**
 - bb) Das Heimataufgebot **266**
 - b) Die islamrechtliche Brautgabe **266**
 - c) Die Wartezeit **267**
 - d) Heiratsverbote mit Strafcharakter **268**
 - e) Religiöse Ehehindernisse **268**
 - f) Öffentlichrechtlich oder politisch motivierte Ehehindernisse **270**
- III. Die Anwendung deutschen Rechts gemäß Art. 13 Abs. 2 EGBGB 271**
1. Art. 13 Abs. 2 EGBGB als spezielle ordre-public-Klausel **271**
 - a) Die Rechtsentwicklung bis zum IPRG von 1986 **271**
 - b) Konsequenzen für die Auslegung der Vorschrift **271**
 2. Die einzelnen Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 2 EGBGB **272**
 - a) Ausreichender Inlandsbezug **272**
 - b) Zumutbares Bemühen **272**
 - c) Unvereinbarkeit mit der Eheschließungsfreiheit **273**
 3. Die Rechtsfolge: »Anwendung deutschen Rechts«? **274**
 4. Problematische Fallgruppen **276**
 - a) Privatscheidungen **276**
 - b) »Hinkende« Todeserklärungen **276**
 - c) Religiöse Ehehindernisse **277**
- C. Das IPR der Eheschließungshandlung 277**
- I. Die materiellrechtliche Wirksamkeit der Eheschließung 277**
 - II. Die Form der Eheschließung 278**
 1. Qualifikationsfragen: Was gehört zur Form? **278**
 - a) Mitwirkung einer Trauungsperson **278**

- b) Behandlung von »Handschuhen« **278**
 - c) Erfordernis einer religiösen Trauung **280**
 - 2. Die Grundsatzanknüpfung des Art. 11 EGBGB **280**
 - 3. Die Ausnahmeregel »Inlandssee – Inlandsform«, Art. 13 Abs. 4 Satz 1 EGBGB **282**
 - a) Der Anknüpfungsgrundsatz **282**
 - b) Der Regelungszweck der Vorschrift **283**
 - c) Art. 13 Abs. 4 Satz 1 EGBGB als Konsequenz des öffentlichrechtlichen Charakters der Eheschließung **283**
- III. Abweichen von der Inlandsform durch eine »ermächtigte Person«, Art. 13 Abs. 4 Satz 2 EGBGB **284****
- 1. Allgemeines **284**
 - 2. Die ordnungsgemäße Ermächtigung der Trauungsperson **285**
 - a) Die Voraussetzungen einer »ordnungsgemäßen Ermächtigung« **285**
 - b) Die Eheschließung vor einem Religionsdiener **285**
 - aa) Religiöse Eheschließungen kraft kirchlicher Zuständigkeit **286**
 - bb) Religiöse Eheschließungen durch individuell benannte Personen **286**
 - cc) Religiöse Eheschließung durch generell bestimmte Geistliche **286**
 - c) Die Eheschließung vor einem Konsularbeamten **287**
 - d) Die Eheschließung vor sonstigen staatlichen Funktionsträgern **287**
 - 3. Die ausländische Staatsangehörigkeit der Eheschließenden **288**
 - 4. Form und Registrierung einer Eheschließung gemäß Art. 13 Abs. 4 Satz 2 EGBGB **289**
 - a) Die Eheschließungsform **289**
 - b) Registrierung und Nachweis einer gemäß Art. 13 Abs. 4 Satz 2 EGBGB geschlossenen Ehe **290**
 - aa) Die Eintragung in das Standesregister des ermächtigenden Staates **290**
 - bb) Die Beweiswirkung der Registrierung **290**
 - cc) Die Übertragung der Eheschließung in die deutschen Personenstandsregister **291**
- IV. Abweichen von der Inlandsform aufgrund von Völkerrecht **292****
- 1. Die Eheschließung von Personen mit persönlicher Immunität **292**
 - 2. Staatsvertragliche Sondervorschriften über die Eheschließungsform **292**
 - a) Multilaterale Staatsverträge **292**
 - b) Zweiseitige Staatsverträge **293**
 - 3. »Ordnungsgemäße Ermächtigung« durch das Wiener Konsularübereinkommen? **294**
- D. Das IPR der Ehwirkungen **294****
- I. Die geringe Bedeutung des Ehwirkungsstatuts als allgemeines »Partnerschaftsstatut« **294****
- II. Die objektive Anknüpfung des Ehwirkungsstatuts **295****
- 1. Die »Kaskadenanknüpfung« des Art 14 Abs. 2 EGBGB **295**
 - a) Art. 14 Abs. 2 Nr. 1, 2 EGBGB **295**
 - b) Art. 14 Abs. 2 Nr. 3 EGBGB **296**
 - c) Art. 14 Abs. 2 Nr. 4 EGBGB **296**

2. Rück- oder Weiterverweisung 297
3. Wandelbarkeit und Unwandelbarkeit des Statuts 297

Sechster Abschnitt: Die Auflösung der Ehe 298

A. Auflösungsgründe 298

I. Auflösung durch Tod oder Todeserklärung 298

II. Gerichtliche Auflösung der Ehe nach deutschem Sachrecht 298

B. Die Auflösung der Ehe in Fällen mit Auslandsbezug 299

I. Tod und Todeserklärung 299

1. Auflösung durch Tod 299
2. Die Wirkungen der Todeserklärung 299

II. Ehescheidung und -aufhebung durch Rechtsvorgänge im Inland 300

1. Inländische Gerichtsentscheidungen 300
2. Privatscheidungen im Inland 301

III. Ehescheidung und -aufhebung im Ausland 302

1. Allgemeines zur Anerkennung von Ehescheidungen 302
2. Die Anerkennung auf der Grundlage der Brüssel-IIb-VO 303
 - a) Der Anwendungsbereich der Brüssel-IIb-VO 304
 - aa) Allgemeines 304
 - bb) Grundsätzlich nur Anwendung auf gerichtliche und behördliche Scheidungen oder Eheaufhebungen 304
 - cc) Erstreckung der Anerkennungsregeln für Entscheidungen auch auf neue außergerichtliche Scheidungsformen in Europa? 304
 - dd) Anwendung auf Feststellungsentscheidungen und antragszurückweisende Entscheidungen 306
 - b) Die Anerkennungsvoraussetzungen 306
 - aa) Allgemeines 306
 - bb) Verstoß gegen den deutschen ordre public 307
 - cc) Zustellungsfehler 307
 - dd) Widerspruch zu früheren Entscheidungen 307
 - c) Das Verfahren der Entscheidungsanerkennung 307
 - aa) Inzidententscheidung 307
 - bb) Das fakultative Feststellungsverfahren 308
3. Anerkennung auf der Grundlage von Staatsverträgen 309
4. Anerkennung nach autonomem deutschem Recht 309
 - a) Die Anerkennungsvoraussetzungen des § 109 FamFG 309
 - b) Das Anerkennungsverfahren nach § 107 FamFG 312
 - aa) Allgemeines, Zweck 312
 - bb) Voraussetzungen des Verfahrens 314
 - cc) Die Durchführung des Verfahrens 315
 - dd) Die Wirkung der Entscheidung 316
 5. Privatscheidungen im Ausland 317
 - a) Die Sonderregeln der Brüssel-IIb-VO zur Anerkennung öffentlicher Urkunden und Vereinbarungen über eine Ehescheidung 317

- aa) Anwendungsbereich **318**
- bb) Voraussetzungen für eine Anerkennung **319**
- cc) Wirkungen der Anerkennung **320**
- b) Im Übrigen: Kollisionsrechtliche Anknüpfung von Privatscheidungen nach allgemeinen Regeln **321**
 - aa) Allgemeines **321**
 - bb) Die Bestimmung des Scheidungsstatuts **322**
 - cc) Anwendbarkeit auf Privatscheidungen und Modifikationen **323**
- c) Die Notwendigkeit eines Anerkennungsverfahrens **325**

Siebter Abschnitt: Der Name in der Ehe **327**

A. Namensführung in der Ehe nach deutschem Recht **327**

I. Rechtsentwicklung **327**

II. Der Ehename **328**

1. Lediglich eine Option **328**
2. Die wählbaren Namen **328**
 - a) Der Geburtsname eines der Ehegatten, § 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BGB **329**
 - b) Der zur Zeit der Erklärung geführte Familienname eines der Ehegatten, § 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BGB **329**
 - c) Die Möglichkeit einer Doppelnamensbildung, § 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BGB **330**
 - d) Das Verkürzen des Geburts- oder Präsenznamens eines Ehegatten, § 1355 Abs. 3 Nr. 1 BGB **332**
3. Rechtsnatur, Zeitpunkt, Wirksamkeit der Erklärungen **333**
4. Widerruf oder Änderung der Ehenamensbestimmung **335**
5. Die (begrenzte) Möglichkeit einer geschlechtsangepassten Führung des Ehenamens, § 1355b BGB **336**
 - a) Allgemeines **336**
 - b) Voraussetzungen der Geschlechtsanpassung **338**
 - c) »Anwendung« der sorbischen Tradition oder des ausländischen Rechts **340**
 - d) Modalitäten und Wirkungen der Geschlechtsanpassung **341**
 - e) Rückanpassung bereits geschlechtsangepasster Namen? **342**

III. Getrennte Namensführung **342**

1. § 1355 Abs. 1 Satz 3 BGB als regelungstechnischer Grundsatz **342**
2. Der »zur Zeit der Eheschließung geführte Name« **343**

IV. Das Hinzufügen eines Begleitnamens **344**

1. Regelungszweck und Grundvoraussetzung **344**
2. Der hinzuzufügende Name **345**
 - a) Der Geburtsname **345**
 - b) Der zur Zeit der Erklärung geführte Name **346**
3. Doppelnamen und Regelungen zur Verhinderung von Namensketten **346**
4. Rechtsnatur und allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen der Erklärung **348**
5. Keine Zustimmung des anderen Ehegatten **349**
6. Der Zeitpunkt der Namenshinzufügung **349**

7. Der Widerruf der hinzufügenden Erklärung **349**
 8. Der Verbrauch der Erklärungsrechte **350**
 9. Die namensrechtliche Bedeutung des Begleitnamens und dessen Verbindung mit dem Ehenamen **351**
- V. Der Name nach Auflösung der Ehe 352**
1. Der Grundsatz der Namenskontinuität, § 1355 Abs. 5 Satz 1 BGB **352**
 2. Namensänderungen nach Auflösung der Ehe, § 1355 Abs. 5 Satz 2 BGB **353**
 - a) Die Anwendbarkeit der Vorschrift **353**
 - b) Die Wiederannahme des Geburtsnamens **354**
 - c) Die Wiederannahme des zur Zeit der Ehenamensbestimmung geführten Namens **354**
 - d) Das Hinzufügen eines Begleitnamens **355**
 - e) Das Kombinieren von verschiedenen Namen aus verschiedenen Ehen **355**
 - f) Widerruf; Verbrauch des Erklärungsrechts **356**
 - g) Rechtsnatur und Zeitpunkt der Erklärung **356**
 - h) Die Wiederannahme eines früheren Namens im Verhältnis zu Dritten **356**
 - i) Namensuntersagung **357**
- B. Namensführung in der Ehe in Fällen mit Auslandsbezug 358**
- I. Allgemeines 358**
- II. Die Maßgeblichkeit des allgemein bestimmten Namensstatuts, Art. 10 Abs. 1, 4 EGBGB 358**
1. Die Bestimmung des maßgeblichen Namensstatuts **358**
 2. Die gleichzeitige Anwendung zweier Namensstatute **359**
 - a) Kollisionsrechtliche Übereinstimmung der beiden Namensstatute **359**
 - b) Sachrechtliche Übereinstimmung der beiden Namensstatute **359**
 3. Das Überwinden von Regelungswidersprüchen durch »Angleichung« **360**
 - a) Art. 10 Abs. 2 EGBGB als Beispiel »kollisionsrechtlicher Angleichung« **360**
 - b) Die »sachrechtliche Angleichung« **360**
 4. Fallgruppen, Einzelbeispiele **361**
- III. Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 2 EGBGB 363**
1. Allgemeines, Regelungszweck **363**
 2. Die wählbaren Rechte **364**
 - a) Das Verhältnis von objektiver Anknüpfung und Rechtswahl **364**
 - b) Wahl des Heimatrechts eines Ehegatten, Art. 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EGBGB **364**
 - c) Wahl des deutschen Aufenthaltsrechts eines Ehegatten, Art. 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EGBGB **365**
 3. Die Reichweite der Rechtswahl **366**
 4. Probleme der Rechtsanwendung **367**
 5. Modalitäten der Rechtswahl **368**
- IV. Besonderheiten bei Eheschließung im Ausland 369**
1. Die Auslandseheschließung als abgeschlossener namensrechtlicher Tatbestand **369**
 - a) Die rückwirkende Anknüpfung nach Art. 10 EGBGB **369**
 - b) Die Weiterführung eines anlässlich der Eheschließung in der EU erlangten Namens **369**

2. Die Rechtslage bei rückwirkender Anknüpfung **370**
 - a) Gemeinsames Personalstatut **370**
 - b) Unterschiedliche Namensstatute **370**
 - c) Die gemeinsame Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 2 EGBGB **371**
 - aa) Zulässigkeit der Rechtswahl bei Auslandseheschließungen **371**
 - bb) Die wählbaren Rechte **371**
 - cc) Form **371**
 - dd) Amtsempfangsbedürftigkeit **372**
 - ee) Inhalt, Auslegung **373**
 3. Rechtswahl nach der Rückkehr ins Inland **374**
- V. Namensbestimmende Erklärungen nach der Eheschließung 375**
1. Nachträgliche Rechtswahl **375**
 - a) Regelungszweck **375**
 - b) Rechtswahlvoraussetzungen **375**
 - c) Keine frühere Rechtswahl **376**
 2. Nachträgliche sachrechtliche Erklärungen zur Namensführung **377**
 - a) Anfängliche rechtliche Unmöglichkeit der Namensbestimmung **377**
 - b) Nachträglicher Statutenwechsel zum deutschen Recht **377**
- Achter Abschnitt: Die Lebenspartnerschaft 378**
- A. Allgemeines 378**
- B. Die wirksame Begründung der Lebenspartnerschaft 379**
- C. Auflösung der Lebenspartnerschaft 380**
- I. Auflösung durch Tod oder Todeserklärung 380**
- II. Gerichtliche Auflösung nach deutschem Sachrecht 381**
- D. Der Name in der Lebenspartnerschaft 381**
- E. Fälle mit Auslandsbezug 382**
- I. Allgemeines 382**
1. Anwendungsfälle **382**
 2. Die Anknüpfungsgrundsätze des Art. 17b EGBGB **382**
- II. Die Begründung von Lebenspartnerschaften im Inland 384**
- III. Nach ausländischem Recht begründete Lebenspartnerschaften 384**
1. Die Registrierung nach § 35 PStG **384**
 2. Die Feststellung der Wirksamkeit **385**
 - a) Formwirksamkeit **385**
 - b) Materielle Wirksamkeit **385**
 3. Die rechtliche Qualität der ausländischen Lebenspartnerschaft **386**
 4. Ausländische Lebenspartnerschaften und ordre public **386**
 5. Verschiedengeschlechtliche Lebenspartnerschaften nach ausländischem Recht **387**

- IV. Die Auflösung einer Lebenspartnerschaft mit Auslandsbezug 388**
1. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft im Inland 388
 2. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft durch ein ausländisches Gericht 388
 3. Auflösung einer Lebenspartnerschaft ohne gerichtliche Mitwirkung 389
 4. Die Umwandlung der Lebenspartnerschaft in eine Ehe (und umgekehrt) 390
 - a) Die Umwandlung als solche 391
 - b) Der Name der Ehegatten nach der Umwandlung 392

Neunter Abschnitt: **Besonderheiten bei der gleichgeschlechtlichen Ehe 393**

A. Die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe 393

I. Die Umwandlung als solche, § 20a LPartG 394

1. Die Umwandlungsvoraussetzungen 394
 - a) Bestand der umzuwandelnden Lebenspartnerschaft 394
 - b) Keine Prüfung der Eheschließungsvoraussetzungen 396
2. Der ungestörte Wille der Lebenspartner zur Umwandlung in eine Ehe 396
3. Die Umwandlungshandlung 397
 - a) Inhalt der Umwandlungserklärung 397
 - b) Abgabe der Erklärungen vor dem Standesbeamten 398
 - c) Persönliche und gleichzeitige Anwesenheit der Lebenspartner sowie Erfordernisse des § 1312 BGB 399
4. Folgen der Umwandlung 399
5. Folgen einer fehlerhaften Umwandlung 399

II. Namensführung in der Ehe nach Umwandlung 399

B. Fälle mit Auslandsbezug 401

I. Die Anknüpfung gleichgeschlechtlicher Ehen (und von Ehen mit Personen, die weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht angehören) 401

II. Kein Erfordernis eines Ehefähigkeitszeugnisses bei Eheschließung im Inland 403

III. Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine gleichgeschlechtliche Ehe 404

IV. Die Auflösung gleichgeschlechtlicher Ehen 404

1. Anknüpfung 404
2. Anerkennung ausländischer Entscheidungen 405

Teil IV Status und Name des Kindes im Zeitpunkt der Geburt 407

Erster Abschnitt: Die Feststellung der Abstammung 407

A. Der zeitliche Bezug zur Geburt 407

- I. Die Geburt als Beginn der Rechtsbeziehungen 407**
- II. Gestreckte Tatbestände im Geburtseintrag 407**

B. Abstammung bei Anwendung deutschen Rechts 410

- I. Allgemeines; Rechtsentwicklung 410**